

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen
Union Deutschland

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64, Tel. 77178/77906
Herausgegeben von Bruno Drpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung
Postscheckkonto: Frankfurt a.M. 39967 - Bankkonto: Hessische Bank, Frank-
furt 125739 beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 95, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a.M., den 19. Mai 1949

Seite 1

Sammlung der christlich-demokratischen Arbeit

Sozialpolitik

Auf einer Tagung von Vertretern der christlich-demokratischen Arbeit-
nehmer aus allen deutschen Ländern in Königswinter am 15. und 16. Mai
1949 unter Vorsitz von Ministerpräsident Karl Arnold fand nach einlei-
tenden Ausführungen von Jakob Kaiser eine Aussprache über die politische
Situation statt. Es bestand Einmütigkeit darüber, dass bei der Neuord-
nung unseres staatlichen Lebens der Christlich-demokratischen Arbeiter-
schaft in der Überwindung der sozialen Spannungen und in der Abwendung
totalitärer und kollektivistischer Tendenzen gewichtige Aufgaben zufal-
len. Mit tiefer Anteilnahme befasste man sich mit den schicksalhaften
Fragen der Ostzone und Berlins.

Es wurde festgestellt, dass die bisherige Zusammenfassung in der Arbeits-
gemeinschaft der Sozial-Ausschüsse der CDU/CSU den Aufgaben und den Zeit-
verhältnissen nicht voll genügt. Auf Vorschlag von Johannes Albers über-
trug die Versammlung Jakob Kaiser die Aufgabe, Führung und Verantwortung
für die Sozialausschüsse im gesamtdeutschen Rahmen zu übernehmen und al-
les Erforderliche in die Wege zu leiten, um sie zu einem wirksamen Organ
des politischen und sozialen Lebens zu machen. Jakob Kaiser übernahm
diese Verantwortung. Er wies zugleich darauf hin, dass die stärkere Zu-
sammenfassung des nationalen und sozialen Willens insbesondere auch für
den politischen und sozialen Kampf der Ostzone gegen den Kommunismus
notwendig sei.

Die Versammlung befasste sich weiter mit den Fragen des Wahlrechts und
mit der bevorstehenden Wahl zum Bundestag. Es wurde zum Ausdruck gebracht,
dass es notwendig sei, durch geprägte Arbeiterpersönlichkeiten zu einer
wirksamen Vertretung im kommenden Bundestag zu kommen.

Konrad Adenauer, der der Tagung zeitweilig beiwohnte, unterstrich in
seiner Ansprache diese Notwendigkeit. Zur Beratung standen noch wirt-
schafts- und sozialpolitische Richtlinien für die künftige deutsche
Sozialordnung.

Nürnberg: CSU sagt Ja zu Bonn.

Innenpolitik

Der Bezirksverband Nürnberg-Fürth der CSU nahm in seiner ordentlichen
Bezirksversammlung, bei der die bisherige Vorstandschaft mit dem Land-
tagsabgeordneten Alfred Euerl als Vorsitzenden wiedergewählt wurde,
zur Bonner Frage Stellung. In einer lebhaften Aussprache, die durch Re-
ferate des Bonner Abgeordneten Karl Siegmund Mayr, des Landesvorsitzen-
den Dr. Josef Müller und des stellvertretenden Landesvorsitzenden, Land-
tagspräsident Dr. Michael Horlacher, gut fundiert war, sprach sich die
überwiegende Mehrheit der Delegierten für ein Ja zum Grundgesetz aus.
Dem Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, K.S. Mayr, wurde einstim-
mig das Vertrauen ausgesprochen und seine Haltung in Bonn gebilligt.
Das Nein der bayerischen Staatsregierung, von Justizminister Dr. Müller
begründet und gegen den lebhaften Widerspruch der meisten Delegierten
verteidigt, fand insofern Verständnis, als die Zugehörigkeit zur Bun-

ff

desrepublik Deutschland durch dieses Nein zum Grundgesetz nicht bestritten werden soll. Die anwesenden Landtagsabgeordneten von Nürnberg-Fürth, Dr. Müller, Euerl, Emmert und Donsberger, wurden gebeten, der Meinung der Bezirksversammlung bei der Abstimmung des Landtages am 19. Mai Rechnung zu tragen. Die Versammlung spiegelte in ihrem Verlauf deutlich die gegenwärtige Situation der CSU wieder. Vor allem zeigte sich, dass die fränkische CSU wenig Verständnis für überspitzte und ausgeklügelte ökonomistische Vorbehalte hat, dass aber, wie immer, wenn die Union vor grossen Aufgaben steht, der Wille zum Zusammenhalt und zur Betonung der Gründungsideale der Union besonders stark zum Ausdruck kam.

Die SPD gegen Flüchtlingswahlkreise.

Flüchtlingswesen

f. Wahlpropaganda!

Der Antrag auf Errichtung von Flüchtlingswahlkreisen für die kommende Wahl zum Bundestag, den der CDU-Landesverbandsvorsitzende von Schleswig-Holstein, Carl Schröter, im Parlamentarischen Rat eingebracht und begründet hatte, ist bekanntlich mit den Stimmen der SPD, KPD, FDP und Zentrum abgelehnt worden. Von welchen Gründen die SPD sich dabei leiten liess, ist in einem Artikel der Kieler "Volkszeitung" vom 12. Mai nachzulesen. Das Blatt bezeichnet den Antrag des Abg. Schröter als "Wahldreh". Es hat damit zum ersten Mal praktisch gezeigt, wie die SPD über die in Bonn massgeblich von der CDU im Grundgesetz festgelegten Grundrechte der Menschen denkt. Das SPD-Organ geniert sich nicht, dem Abg. Schröter unlautere Motive zu unterschieben. Abg. Schröter hat der SPD in den "Kieler Nachrichten" vom 17. Mai die richtige Antwort erteilt. Er bezeichnet das Wahlgesetz als ausgesprochenes Ausnahmegesetz. "Man beraubt die Vertriebenen", so schreibt Abg. Schröter, "ausgerechnet in dem Augenblick, wo man mit dem Grundgesetz eine neue Demokratie in Deutschland auf den Thron setzen will sogar der Möglichkeit, unabhängige Kandidaten zu nominieren."

Labour verliert 715 Sitze.

Aus den Parteien

das liest man i. jeder Tagesz.

Die britischen Gemeindewahlen haben der Labour-Party eine empfindliche Schlappe zugefügt und fast im gleichen Verhältnis den Konservativen einen unzweifelhaften Sieg gebracht. Insgesamt wurden 1856 Konservative, 1778 Labour-Kandidaten, 941 Unabhängige, 107 Liberale und 14 Kommunisten gewählt. Die Konservativen haben einen Reingewinn von 805, die Labour-Party einen Gesamtverlust von 715 Mandaten zu verzeichnen. Von den 28 Londoner Gemeindebezirken kontrolliert Labour in Zukunft 17 und die Konservative Partei, die bisher nur fünf Gemeindebezirke kontrollierte, 11. Die Mandate verteilen sich in London wie folgt: Labour-Party 739, Konservative 616, Kommunisten 11, Unabhängige 4, Liberale 0. Während die Konservativen in London 275 Sitze gewinnen konnten, verloren die Labour-Party 266 und die Kommunisten 2 Sitze.

Gewerkschaften prüfen Wahlkandidaten.

Innenpolitik

Die Gewerkschaften haben vor längerer Zeit die Absicht geäussert, dass sie den von den Parteien aufzustellenden Kandidaten für das kommende Bundesparlament eine Reihe von Fragen vorlegen werden, von deren Beantwortung sie die Empfehlung oder Ablehnung des Wahlkandidaten abhängig machen wollen. Der wirtschaftspolitische Hauptausschuss des bizonalen Gewerkschaftsrates wird sich in Kürze mit dieser Angelegenheit abschliessend befassen und dabei die Richtlinien festlegen, nach denen bei der Befragung verfahren werden soll. Es lässt sich also im Augenblick noch

nicht sagen, ob die Gewerkschaften sich an die einzelnen Parteien oder an die Kandidaten direkt wenden oder ob sie an die derzeitigen Länderparlamente oder an einzelne führende Persönlichkeiten der sozialpolitischen Bewegung herantreten werden.

Die Wahlen in der Ostzone

Ostzone

stand i. allen Tages Zeitgen!

Das Ergebnis der zweitägigen ostzonalen Wahlen zum "Deutschen Volkskongress" wurde mit zwanzigstündiger Verspätung bekanntgegeben. Statt der offiziell erwarteten 99,9% haben nur 66,4% der Wähler mit Ja gestimmt. Es wurden 12 887 234 Stimmen abgegeben, von denen angeblich 12 024 221 gültig waren. Mit Ja hätten 66,4 v.H. = 7 943 949, mit Nein 33,9 v.H. = 4 080 272 gestimmt. Trotz des unerhörten Druckes, der in der Ostzone noch stärker war als im Ostsektor Berlins, hat die SED eine empfindliche Niederlage erlitten. Stellenweise betrug die Wahlbeteiligung nur 50 bis 60%, und in vielen Wahlbezirken war die Zahl der Neinsager grösser als die, die sich für die SED aussprachen. Man darf dieses Ergebnis als einen Beweis für den Mut ansprechen, mit dem sich ein erheblicher Teil der Wähler den totalitären Methoden widersetzt hat. Schon jetzt liegt eine Fülle von Material darüber vor, mit welch unglaublichen Mitteln die Wahlen verfälscht worden sind, um das 100%-ige Ergebnis doch noch irgendwie herauszurechnen. Wir wissen, und die Welt weiss es mit uns, was sie von den ostzonalen Wahlen zu halten hat. So wird selbst das magere Ergebnis auf die am Montag beginnende Aussenministerkonferenz nicht den geringsten Eindruck machen. Wir warten auf den Tag, an dem das deutsche Volk jenseits des Eisernen Vorhanges frei von Gewissenszwang und geistiger Vergewaltigung zur Wahlurne schreiten kann. Von SED-Spuck wird dann bestimmt nicht mehr viel übrig bleiben.

Personelles

Chefpräsident Christian Blank, CDU, Mitglied des niedersächsischen Landtages, wurde anlässlich seines 70-jährigen Geburtstages für seine Verdienste an die Technische Hochschule Hannover zum Ehrensator ernannt.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64
 Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US-W-2065
 Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., IV/49/600
 Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
